

BUND-Regionalverband Donau-Iller

BUND-Kreisverband Ulm

BUND-Kreisverband Biberach

BUND-Kreisverband Alb-Donau



Gemeinsame Pressekonferenz

zum Jahreswechsel 2021/2022

29. Dezember 2021 | 10:30 Uhr | virtuell via Zoom

Teilnehmer*innen des BUND:

Ulrich Müller, Vorsitzender RV Donau-Iller

Christian Killius, Vorsitzender KV Alb-Donau

Dr. Martin Denoix, Vorsitzender KV Ulm

Jutta Andreas, Stellvertr. Vorsitzende KV Ulm

Cora Carmesin, BUND-Hochschulgruppe Ulm

Jana Slave, Regionalgeschäftsführerin

Regionale Themen

Mobilitätswende (Ulrich Müller, Katja Groner, Christian Killius)

Seit dem 12.12.21 sind auf der Südbahn von Ulm über Friedrichshafen nach Lindau endlich elektrische Züge unterwegs. In Lindau soll es bessere Anschlüsse an Fernzüge nach München und Zürich sowie zur S-Bahn nach Österreich geben. Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass die Anschlüsse von Friedrichshafen nach Radolfzell und Basel schlechter sind als vorher, nach Basel braucht man nun 40 Minuten länger.

Erfreulicherweise gibt es inzwischen auch Fortschritte bei der Regio-S-Bahn Donau-Iller: Unter anderem nach Aalen, Munderkingen und Biberach sollen künftig morgens und abends mehr Züge unterwegs sein. Zusätzliche Triebwagen sollen außerdem mehr Platz bieten. Der BUND hofft auf eine zügige Verbesserung auch für weitere Strecken in der Region.

Verkehrswende auf der Laichinger Alb?

Eine Zeitenwende des ÖPNV erwartet die Laichinger Alb mit der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Stuttgart – Ulm und dem Bahnhof Merklingen ab Dezember 2022. Abgestimmt auf die Fahrtzeiten der Züge nach Ulm oder Richtung Stuttgart werden erheblich mehr Busse verkehren als bisher. Der Planungsraum umfasst ein 330 km² großes Gebiet und hat direkte Auswirkungen auf mehrere Landkreise, was Erreichbarkeit und Taktfrequenz betrifft. Für Laichingen als Mittelzentrum, seit kurzem ausgestattet mit einem ZOB, bedeutet dies eine Fahrtzeit von gerade einmal 31 Minuten nach Ulm (ZOB-Merklingen-Ulm Hbf) und 33 Minuten nach Wendlingen. Bestimmte Buslinien werden Merklingen an 7 Tagen in der Woche anfahren, und zwar von 5.00 bis 24.00 Uhr. Durch das stark verbesserte ÖPNV-Angebot wird die Fahrt von Laichingen nach Tübingen, die heute mehrere Stunden dauert, in Zukunft weniger als eine Stunde betragen. Im ganzen Planungsraum werden zukünftig pro Jahr 58.828 Busse fahren statt wie bisher 18.000. Dies entspricht einer Ausweitung des Busangebots um sage und schreibe 357 Prozent. Die dreijährige Testzeit bis 2025, wenn Stuttgart 21 ans Netz geht und die Fahrtzeiten erneut geändert werden, wird zeigen, wie das stark erweiterte Angebot angenommen wird. Wenn bisher die Bereitschaft zum Umstieg auf den ÖPNV mit dem Verweis auf das schlechte Angebot begründet wurde, kann das ab Dezember 2022 nicht mehr gelten, jedenfalls was den Einzugsbereich des Merklinger Bahnhofs betrifft. Doch wird der Versuch einer Verkehrswende im Kleinen auf dem Land erfolgreich sein?

Das verbesserte Angebot ist kein Selbstläufer, wenn Politiker in Sonntagsreden den ÖPNV beschwören, Mobilität jedoch ansonsten als Auto-Mobilität betrachten und weiter den motorisierten Individualverkehr fördern, indem sie die diesbezügliche Infrastruktur ausbauen durch Ausweisung immer neuer Wohn- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese. Doch gravierender sind wahrscheinlich psychologische Momente: Dem ÖPNV speziell auf dem Land haftet ein negatives Image an. Als Schüler ist man notgedrungen in völlig überfüllten Bussen unterwegs gewesen und dann nie mehr Bus gefahren, nachdem der Umstieg auf das „eigentliche“ Verkehrsmittel, das Auto, erfolgte. Nach dem Motto, „Wer muss, fährt Bus“, frequentieren vorzugsweise Schüler, Studenten, Marginalisierte den ÖPNV, daneben Pendler, für die die Fahrt mit einem eigenen Auto entweder zu teuer oder zu stressig ist. Wer praktisch komplett fehlt, ist die Mittelschicht.

Wenn der ÖPNV in Zukunft erfolgreicher sein soll, ist neben einer verbesserten Taktfrequenz ein Bündel von flankierenden Maßnahmen erforderlich, die seine Akzeptanz steigern und helfen, ihn als „normales“ Verkehrsmittel zu etablieren. Dazu gehören neben der Vereinfachung von Tarifstrukturen und Ticketvertrieb ein guter Service, z.B. Apps, die anzeigen, wann ein Bus wo fährt bzw. in wie vielen Minuten er ankommt. Nötig sind allerdings auch Maßnahmen, die die bisherige Privilegierung und Dominanz des Autos einschränken, wie z.B. kostenpflichtige Parkplätze, Tempo 30-Zonen, fahrradfreundliche Verkehrsführung.

So erfreulich die Entwicklungen in Merklingen sind, so besteht im ÖPNV anderenorts im Alb-Donau-Kreis weiterhin dringender Handlungsbedarf, um einen Beitrag zur Mobilitätswende leisten zu können. Vor allem im ländlichen Raum bietet er wenig Alternativen, um auf das eigene Auto zu verzichten. Dort ist der ÖPNV weitgehend auf den Schulverkehr ausgerichtet, abends sowie am Wochenende dünnt das Angebot deutlich aus bzw. ist gar nicht mehr vorhanden. Auch sind Anschlüsse nicht immer gewährleistet. Eine dreiviertel Stunde Wartezeit macht den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel nicht attraktiv. Darüber hinaus sind die Fahrpläne teilweise unübersichtlich und wenig benutzerfreundlich. Beispielsweise fährt die Linie 21 auf der Fahrt nach Ehingen verschiedene Teilorte an, aber nicht auf jeder Fahrt die gleichen. Welche Haltestellen welcher Bus tatsächlich anfährt ist so unübersichtlich, dass offensichtlich nicht einmal die Busfahrer*innen durchzublicken scheinen. Nur so lässt sich erklären, dass die Busanzeigen außen an den Bussen immer wieder falsch sind und Haltestellen, die laut DING-Fahrplan angefahren werden sollten, ausgelassen werden. Auch im Busverkehr geübten Schüler*innen passiert es so, dass sie z.B. in Öpfingen landen, statt in Ersingen, wo sie eigentlich hinwollten. Für Gelegenheitsfahrer*innen ist dieser Fahrplandschungel hingegen schier undurchdringlich.

Auch länderübergreifend ist der Nahverkehr wenig benutzerfreundlich. Über ein BUND-Mitglied erfuhr der BUND Regionalverband, dass Fahrgäste, die vom Landkreis Günzburg zur Arbeit nach Ulm pendeln, eine Fahrkarte für zwei Verkehrsbünde bezahlen müssen. Das ist zum einen teuer, zum anderen umständlich und vor dem Hintergrund der Klimakrise und einer dringend benötigten Verkehrswende (hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln) nicht nachvollziehbar. Sowohl DING als auch VVM haben bereits Offenheit für eine tarifliche Kooperation signalisiert. Es benötigt aber auch Wille und Unterstützung von politischer Seite, auch finanzieller Art. In einem Schreiben hat sich der BUND noch vor Weihnachten an die Landräte, den OB der Stadt Ulm und an die Geschäftsführer von DING, VVM, Regio-S-Bahn Donau-Iller und die Verkehrsplanerin des Regionalverbandes gewandt. Der BUND ist gespannt auf die Reaktionen und hofft, dass durch eine tarifliche Kooperation mehr Pendler*innen zwischen Günzburg und Ulm zum Umstieg auf den ÖPNV bewegt werden können.

Biodiversitätsstärkungsgesetz - Mangelnde Umsetzung (Jana Slave)

Mit dem Begriff „Biodiversität“ ist die Vielfalt von Arten und Ökosystemen gemeint. Die Artenvielfalt ist überlebenswichtig für uns Menschen, denn je größer die Artenvielfalt in einem Ökosystem ist, desto stabiler und weniger anfällig für Umwelteinflüsse ist es. Das Biodiversitätsstärkungsgesetz (BioDivStärkG) des Landes ist seit Juli 2020 in Kraft doch dessen Umsetzung ist bisher mangelhaft bis ungenügend.

Bebauung von Streuobstwiesen

Trotz des seit Juli 2020 geltenden §33a NatSchG, der Streuobstwiesen explizit vor Bebauung schützen soll, werden weiterhin in vielen Kommunen Streuobstwiesen bebaut. Die Unteren Naturschutzbehörden dürfen, „wenn das öffentliche Interesse überwiegt“, Ausnahmegenehmigungen vom Bebauungsverbot erteilen. Leider hat sich herausgestellt, dass bisher für **alle** bis auf eine dem BUND Baden-Württemberg bekannten Streuobstwiesen, für die eine Umwandlung beantragt wurde, diese auch genehmigt wurde. Alle anderen Streuobstwiesen werden trotz scheinbarem Schutzstatus platt gemacht. Das Gesetz ist also ein zahnloser Papiertiger und wird in der Praxis bisher so gut wie gar nicht umgesetzt. Man sollte meinen, dass dann immerhin adäquate Ausgleichsmaßnahmen verpflichtend sind. Aber auch das ist leider in der Praxis nicht der Fall. Auch in unserer Region gibt es zwei extreme Fälle. In Ehingen-Altsteußlingen wurde aktuell die Ausnahmegenehmigung zur Rodung einer Streuobstwiese für ein Baugebiet erteilt. Zum Ausgleich werden gerade mal ein paar junge Bäumchen gepflanzt. Absolut nicht adäquat, um den Lebensraum zu ersetzen, der verloren geht. Noch krasser ist der Fall in Rottenacker. Hier soll ein ganzer Biotopverbund aus Streuobstwiesen und artenreichen Mähwiesen zerstört werden. BUND, LNV und NABU haben gemeinsame Stellungnahmen abgegeben und deutlich gemacht, dass dieser Lebensraum viel zu wertvoll ist, um durch Bebauung zerstört zu werden. Im Umkreis leben acht seltene Fledermausarten, teils stark gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht. Auch Vogelarten der Roten Liste sind betroffen. Schmetterlinge, Wildbienen und Laufkäfer wurden erst gar nicht kartiert. Ebenso wurde verpasst, die Blühwiese ausreichend zu kartieren. Das hält der BUND für schwere Verfahrensfehler. Bereits bei einer in Augenscheinnahme vor Ort Ende Mai fielen einige Pflanzenarten auf, die im Umweltbericht nicht genannt sind. Die Blühwiese wird nun nachkartiert, das Ergebnis steht aber noch aus. Bei einem Informationstermin am 9. Dezember haben BUND und NABU Bürgerinnen und Bürger über den Hintergrund der gemeinsamen Stellungnahmen informiert. Der nächste Schritt ist nun die Abwägung der Stellungnahmen. Der BUND ist gespannt auf die Ergebnisse.

Biotopverbund

Laut BioDivStärkG sollen bis zum Jahr 2030 15 % der Offenlandfläche dem Biotopverbund zu Verfügung gestellt werden. Ein funktionierender Biotopverbund ist essenziell, um das Artensterben zu stoppen. Nur durch die Vernetzung von Biotopen kann ein genetischer Austausch bei Arten garantiert werden, die eine geringe Reichweite haben. Dies sind z.B. verschiedene Wildbienenarten, Schmetterlinge, Heuschrecken oder auch Eidechsen und Frösche. Die Umsetzung des Biotopverbunds liegt in kommunaler Hand, wird aber vom Land attraktiv gefördert. Für die Planung bekommen Kommunen 90 % der Kosten erstattet, für die Umsetzung 70 %. Beim Landschaftserhaltungsverband ist seit Ende 2020 eine Biotopverbundbotschafterin im Einsatz, die die Gemeinden berät und unterstützt. Leider ist bei den Gemeinden noch große Zurückhaltung zu spüren. Im Alb-Donau-Kreis wurde bisher nur in den Gemeinden Lonsee und Dietsheim in Kooperation mit Balzheim und Illerrieden der Beschluss gefasst, eine Biotopverbundplanung anzugehen. Nur in Dornstadt wird bereits aktiv daran gearbeitet. Einige weitere Gemeinden haben Interesse angemeldet. Auch die Stadt Ulm hat bisher noch keine Planungen eingeleitet, dieses Manko hat der BUND beim zweimal jährlich stattfindenden AK Landschaft bemängelt und hofft nun, dass auch die Stadt Ulm ihrer Verpflichtung

nachkommt und die Biotopverbundplanung angeht. Erste Schritte sind ja mit dem Programm „Allianz für den Boden und die Natur“ bereits gemacht, nun sollten diese Maßnahmen aber auch räumlich miteinander vernetzt werden.

Schottergärten

Nach wie vor werden landauf, landab Schottergärten auf Privatflächen angelegt, obwohl diese seit anderthalb Jahren sogar explizit verboten sind. Vorher war das Verbot nur denen bekannt, die die Landesbauordnung genau gelesen haben. Auch wenn die Nachteile solcher Schotterflächen allmählich hinlänglich bekannt sein sollten (Aufheizung, Verunkrautung, Versiegelung, Artensterben) werden sie immer noch angelegt. Melden allerdings Naturschutzverbände oder Privatpersonen solche Schottergärten bei den Baubehörden, so ist regelmäßig das Personal überlastet und kann das Verbot nicht umsetzen. Der BUND fordert deshalb eine Aufstockung der Stellen für Baukontrolleur*innen und die Ahndung des Verbots in der Praxis mit Bußgeldern. Zusätzlich appelliert der BUND stark an alle Firmen, ihre Firmengelände naturnah anzulegen. Es ist so viel ungenutzte Potentialfläche in Wohn- und Gewerbegebieten für die Artenvielfalt vorhanden. Das BUND-Umweltzentrum Ulm berät sowohl Privatpersonen als auch Firmen hinsichtlich einer naturnahen und insektenfreundlichen Garten- und Freiflächengestaltung. Demnächst wird das Regionale Bündnis für Artenvielfalt, dem viele weitere Naturschutzverbände angehören, eine Briefwurf-Sendung an alle Haushalte mit Schottergärten starten, um für Verständnis zu werben, diese umzugestalten. Wenn die Baubehörden überlastet sind, müssen eben die Ehrenamtlichen versuchen, Veränderungen zu bewirken. Bunte Blumenwiesen sind doch so viel schöner als triste graue Schotterflächen!

Energiewende (Katja Groner)

Die naturverträgliche Energiewende wird aber nur gelingen, wenn wir es schaffen, Energie einzusparen und effizienter zu nutzen.

Der Klimaschutz und der Schutz der biologischen Vielfalt sind für den BUND gleichrangige Ziele. Der BUND unterstützt den Ausbau der Windenergie – sie muss jedoch naturverträglich und mit Bürgerbeteiligung vollzogen werden. Änderungen im EU-Naturschutzrecht bringen nicht mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Nötig sind eine bessere Personalausstattung, verlässliche Standards sowie eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung. Dies bestätigen sowohl der Sachverständigenrat für Umweltfragen als auch die Praktiker*innen und Energieerzeuger.

Windenergienutzung und Naturschutz schließen sich nicht aus, wenn der Ausbau richtig gelenkt wird. Der BUND tritt dafür ein, dass die geltenden Gesetze und der Windenergieerlass sorgfältig angewendet werden – auch, weil das die Voraussetzung für die Akzeptanz von Windenergieprojekten und damit für eine möglichst große Planungssicherheit der Investoren ist.

Zugleich kritisiert der BUND, dass Naturschutzargumente immer wieder auch missbräuchlich verwendet werden mit dem Ziel, den Ausbau der Windenergie vor Ort zu verhindern. Diese Scheindebatten sind für den fundierten Naturschutz kontraproduktiv und lenken von den echten Herausforderungen ab.

Wie jedes Infrastrukturprojekt ist auch der Bau von Windenergieanlagen (WEA) ein Eingriff in die Natur – mit zum Teil negativen Auswirkungen. Um diese zu minimieren, ist eine gute Planung und insbesondere eine sorgfältige Auswahl der Standorte essenziell. Die frühzeitige Einbindung der Naturschutzverbände ist wichtig. Zusammen mit den Expert*innen vom Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz bewerteten BUND-Aktive die Planungsunterlagen und bringen sich mit ihrer Fachkenntnis in die Planungen mit ein. Wenn jedoch unvollständige Planungsunterlagen vorgelegt werden, wie bei der Anhörung zum geplanten Windpark in Riedlingen-Tautschbuch, so kann auch der BUND nichts dafür, wenn sich das Verfahren hinzieht. Die Qualität der Planungsunterlagen wurde in diesem Fall auch von der Höheren und Unteren Naturschutzbehörde sowie die Bodenbehörde bemängelt.

Der BUND fordert, dass in der Region Donau-Iller zunächst zügig die Vorrangflächen bebaut werden, die bereits im Regionalplan benannt sind. Das sind z.B. Standorte in Öllingen-Setzingen, Erbach-Pfifferlingsberg oder Ehingen-Deppenhausen. Gleichzeiten sollten weitere Flächen, sowohl im Wald als auch im Offenland geprüft werden.

Nicht nur in den ländlicheren Kreisen Alb-Donau und Kreis Biberach müssen mehr WEA gebaut werden, auch im Stadtkreis Ulm sollte der Gemeinderat alles tun, um Windenergie zu ermöglichen. Dies wird auch der Klimaschutzbeirat, der zuletzt am 12.11.2021 tagte, dem Gemeinderat empfehlen.

Als Ausgleich zum Eingriff durch Windräder im Wald können - durch Wiederaufforstung - aus ohnehin bereits stark geschädigten Fichtenmonokulturen, in Zukunft naturnahe Laubmischwälder entstehen. Automatische Abschaltungen senken das Kollisionsrisiko für Fledermäuse und Vögel und artspezifische Ausgleichsmaßnahmen, auch außerhalb des Waldes, schaffen Ersatzlebensräume. So können Klimaschutz und Artenschutz Hand in Hand gehen.

Windenergie (Christian Killius)

Es hat in Deutschland über 30 Jahre gedauert, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion auf 41 % (Vorjahr 45%) zu erhöhen. War das Ziel der bisherigen Bundesregierung, bis 2030 eine Quote von 65 % zu erreichen, ist das Ausbauziel der Ampelkoalition von 80 % so ambitioniert, dass eine Verdrei- bis Vervierfachung der jetzigen Ausbaugeschwindigkeit nötig sein wird. Hält man sich vor Augen, dass die Stromproduktion noch enorm gesteigert werden muss, um die bisher von fossilen Energien abgedeckten Leistungen in den Sektoren Mobilität und Wärme abzudecken, wird klar, dass dies eine Herkulesaufgabe ist: Im Jahr 2020 wurden nämlich gerade einmal 19,2 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gedeckt

Die Vorgaben der Landesregierung von Baden-Württemberg sehen vor, zwei Prozent der Landesfläche für Erneuerbare Energien auszuweisen, die Ampelkoalition in Berlin sieht dies allein für die Windkraft vor. In der Region stehen aber erst auf 0,5 Prozent der Flächen Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien. Auf dem Gebiet des Regionalverbands Donau-Iller (RVDI) stehen 66 Windräder, die meisten im Alb-Donau-Kreis. Schlecht sieht es im Landkreis Biberach aus. Seit 2015 wurden im gesamten RVDI-Verbandsgebiet gerade einmal sieben neue Anlagen gebaut. Auch wenn auf bereits ausgewiesenen Flächen noch ein erhebliches Ausbaupotential steckt, sind wir der Meinung,

dass dringend neue Flächen ausgewiesen werden müssen und widersprechen damit dem Planungsausschuss des Regionalverbands Donau-Iller und Verbandsdirektor Markus Rieth. Womöglich kommt zusätzliche Dynamik in die Angelegenheit, wenn die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz dahingehend ändert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung im öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Dies dürfte dann nicht nur die 10H-Regel im bayerischen Teil des Verbandsgebiets zu Fall bringen, die einstweilen vorschreibt, dass ein neues Windrad einen Abstand zur nächsten Siedlung von der zehnfachen Länge seiner Höhe aufweisen muss.

Freiflächen-PV (Jana Slave, Dr. Martin Denoix)

Der Ausbau von Photovoltaikanlagen bietet besondere Vorteile, auch für den Artenschutz und die Biotopverbundplanung. Zunächst sollten selbstverständlich alle geeigneten Dächer und versiegelten Flächen wie Parkplätze zügig mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Auf der freien Fläche können Solaranlagen aber deutlich schneller errichtet werden und günstiger produzieren, was Freiflächenanlagen zu einer unverzichtbaren Ergänzung zu PV auf Dächern für die Energiewende macht. Vor allem Konversionsflächen, Deponien und Industriebrachen sind oft geeignete Standorte für Freiflächenanlagen. Aber auch landwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen können sich eignen. Ökologisch gut gestaltete und gepflegte Freiflächenanlagen können gegenüber intensiv genutzten Ackerflächen sogar Vorteile für den Naturschutz und die Artenvielfalt bieten. Dies muss von vornherein gut geplant werden. Zäune sollte dann kleintierdurchgängig sein. Ausnahmen können gelten, wenn der Schutz für bestimmte Zielarten gewährleistet werden soll, bspw. für bodenbrütende Vögel. Der Mindestabstand zwischen der Unterkante der Module und der Bodenoberfläche sollte bei mindestens 80 Zentimetern liegen. Entscheidend für die Entwicklung und Nutzbarkeit der Fläche als Lebensraum für Pflanzen und Tiere sind ausreichend breite, besonnte Streifen zwischen den Modulreihen. Geeignet ist eine extensive Pflege, zum Beispiel durch Beweidung mit Schafen, Ziegen oder Eseln. Dabei ist zu beachten, dass der Tierbesatz nicht zu groß ist, die Fläche abschnittsweise beweidet wird und durchgehend eine artgerechte Haltung erfolgt. Eine ein- bis zweimalige abschnittsweise Mahd mit Aufnahme und Abfuhr des Mähgutes, einschließlich Belassen von Altgrasbeständen, ist eine alternative Möglichkeit der Pflege. Für eine naturverträgliche Pflege kommen ausschließlich Balkenmäher oder Beweidung wie beschrieben in Frage.

Ökologisch gut gestaltete Freiflächen-PV Anlagen können sogar als Trittsteine in den Biotopverbund integriert werden. Dies ist ein weiteres Argument für alle Kommunen, unbedingt ihre Biotopverbundplanungen anzugehen. Da alle Kompensationsmaßnahmen innerhalb der Fläche vollzogen werden können, ist über die Ausweisung der Solarparks hinaus keine zusätzliche Fläche mehr notwendig. Für freiwillige Maßnahmen auf einer Solarfreifläche, die über den Eingriffsausgleich hinausgehen, können sogar zusätzlich Ökopunkte generiert werden. Dies können z.B. Nisthilfen für Vögel und/oder Insekten sein, Totholzhaufen, Kleingewässer, Heckenstrukturen mit einheimischen Gehölzen, Anlage und Erhalt von offenen Bodenflächen, usw. Der Erfolg der festgesetzten Maßnahmen sollte dann in Form eines regelmäßigen Monitorings ab dem zweiten Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren in angemessenen Abständen durch kompetente Fachleute geprüft werden. Sollten die Maßnahmen nicht ihre Wirkung entfalten, ist ggf. nachzubessern.

Die ökologisch gelungene Gestaltung einer PV-Freiflächenanlage ist schon seit 2018 in Bühlenhausen im Alb-Donau-Kreis zu besichtigen. Dort hat der Gemeinderat, dem auch der örtliche BUND-Vorsitzende Konrad Schwarzenbolz angehört, wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Freifläche ausgeübt. Teile der Flächen blieben in Gemeindehand und sind mit üppigen Blühflächen, Steinriegel und Gehölzen gestaltet. Die Pflege der Freiflächen erfolgt durch eine Beweidung z.B. mit Ziegen.



**Bild: PV-Anlage Bühlenhausen mit Beweidung
(Foto: Konrad Schwarzenbolz)**

In einer aktuellen Studie des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (Fraunhofer ISE) wird das folgende Beispiel für die Effizienz von Photovoltaikanlagen gegenüber einer Fläche, die der Produktion von Rapsöl als Dieselerersatz dient, genannt.

*„Ein PKW mit einem Diesel-Verbrennungsmotor, der 5,5 l Biodiesel pro 100 km verbraucht, kommt mit dem Jahresertrag eines 1 Hektar großen Rapsfeldes von 1775 l/(ha*a) [FNR] ca. **32000 km** weit. Mit dem Jahresertrag einer neuen PV-Anlage (1 MW P/ha, Ertrag 980 MWh/MW P) auf der gleichen Fläche fährt ein batterieelektrisches Fahrzeug (E-Auto, Verbrauch 16 kWh pro 100 km) ca. **6,1 Millionen km**, die Reichweite liegt um den Faktor 190 höher.“*

Hier wird *eine* ineffiziente Methode der Energieerzeugung (Biodiesel statt PV) mit einer ineffizienten Methode des Energieeinsatzes (Verbrenner statt E-Auto) „kombiniert“. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Produktion von Biodiesel nicht nur ineffizient, sondern auch wegen der Abgase umweltschädlich und zusätzlich für Landwirt*innen wenig ertragreich ist. Eine ökologisch gestaltete PV-Freiflächenanlage auf der gleichen Fläche kann der Artenvielfalt und dem Biotopverbund dienen und gleichzeitig dem Lebensstandard einer Landwirts-Familie. Sie ermöglicht dazuhin wesentlich mehr Flächen wieder zur Nahrungserzeugung zu nutzen bei Reduktion der Flächen zur Biodieselherstellung. Wichtig wäre eine öffentliche Unterstützung mit Darlehen oder Zuschüssen.

Wasserstoffwirtschaft (Christian Killius)

Von verschiedener Seite wurde besonders im Bundestagswahlkampf suggeriert, man dürfe sich in Sachen Erneuerbare Energien nicht auf die bisherigen Techniken beschränken, sondern müsse offen sein für „Innovation“. Von unzähligen Medien wurde Wasserstoff als „Schlüsseltechnologie“ auf dem Weg zu einem klimaneutralen Deutschland ausgerufen. Für Baden-Württemberg werden 18.000 neue Arbeitsplätze prognostiziert. Tatsächlich ist Wasserstoff ein faszinierendes Medium, das vielfältig eingesetzt werden kann, als Speichermedium, das zurück in Strom verwandelt werden kann, als Brennstoff, als Ausgangsprodukt für Power-to-Gas oder Power-to-Liquid, wobei Letzteres auch unter dem Namen E-Fuel bekannt ist. Wasserstoff ist also keine Energiequelle wie Erdgas, sondern ein künstlich hergestellter Energieträger. Heutzutage wird er als so genannter „grauer“ Wasserstoff vor allem aus Erdgas gewonnen, in Zukunft soll er jedoch großtechnisch als „grüner“ Wasserstoff im Elektrolyseverfahren unter Einsatz von

Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden. So weit, so gut. Das Problem ist allerdings, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch sinnvoll ist. Unbestritten ist, dass Strom, der in Zeiten von viel Wind erzeugt werden könnte, aber mangels Netzkapazität zur Abschaltung von Windrädern führt, nicht zielführend ist. Anders sieht es aus, wenn Strom mittels Elektrolyse Wasserstoff erzeugt und dieser rückverstromt wird, anstatt ihn als Primärstrom über das bestehende Netz direkt zum Verbraucher zu leiten. Dann ist nur ein Viertel der ursprünglichen Energie nutzbar. Vier Elektroautos könnten statt eines Brennstoffzellenfahrzeugs angetrieben werden. Anders ausgedrückt: Zum Antrieb von Brennstoffzellenfahrzeugen wird Strom aus viermal so vielen Windrädern benötigt. Wird an die Elektrolyse in einem weiteren Schritt die Methanisierung zur Erzeugung von Power-to-Gas oder Power-to-Liquid, angehängt, verschlechtert sich die Energiebilanz weiter: Dafür wird zehnmal so viel Primärstrom benötigt. Nun wird von Verfechtern der Wasserstoffwirtschaft eingewandt, der für die Wasserstoff-Elektrolyse benötigte Strom müsse aus Effizienzgründen im sonnigen Süden erzeugt und anschließend nach Deutschland transportiert werden. Dies ist ein Trugschluss, denn aufgrund seiner molekularen Eigenschaften wird für Kompression und Transport von Wasserstoff viel mehr Energie aufgewendet als für Erdgas. Noch abenteuerlicher wird die Rechnung bei der angedachten Produktion von Wasserstoff für Deutschland in Australien, mit dem die Bundesrepublik eine Absichtserklärung unterzeichnet hat. Im größten Flüssiggastanker der Welt ließe sich aufgrund der im Vergleich zu Erdgas achtmal leichteren Wasserstoffmoleküle nur so viel Wasserstoff (18.600 t) transportieren, dass die geladene Energiemenge nur ca. doppelt so groß ist wie die auf einer Fahrt von Hamburg nach Brisbane und zurück benötigte Energie. Zum Betrieb des Tankschiffs würden dagegen 35.000 t Schweröl benötigt.

Fazit: Aufgrund ihrer schlechten Energiebilanz ist die Wasserstoffwirtschaft kein Beitrag zur Energiewende, sondern verhindert sie. Anstatt eine völlig neue Infrastruktur aufzubauen, die viel Zeit benötigt, die wir nicht haben und unnötig Energie verschlingt, die wir viel effizienter einsetzen könnten, genügen einige Modifizierungen am bisherigen System der Stromverteilung. Das gesamte Knowhow und alle grundlegenden Verfahren für eine „Elektronenwirtschaft“ sind vorhanden. Wir haben kein Technologie-, sondern ein Energieproblem. Wenn E-Fuels mit einem Wirkungsgrad von gerade einmal 10 Prozent der eingesetzten Energie als klimafreundliche Alternative zur Betankung von PKW mit Verbrenner propagiert werden, handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um Ablenkungsmanöver der Fossil- und Automobilindustrie, die ihr bisheriges Geschäftsmodell doch noch irgendwie retten wollen.

Ulmer Themen

Ehrenamt und Umweltbildung (Dr. Martin Denoix)

Der BUND-Kreisverband Ulm lebt vom Einsatz vieler **Ehrenamtlicher**. Diese arbeiten in Stadtteilgruppen an diversen Projekten (z.B. Ulm-Mitte: Hermannsgarten) oder in themenbezogenen Arbeitsgruppen (z.B. Stadtentwicklung). Einige vertreten den BUND in Kooperationen mit anderen Naturschutzverbänden (z.B. AK Artenvielfalt) oder der Stadt Ulm (z.B. AK Landschaft, Innenstadtdialog, Fachbeirat Landesgartenschau).

In der **Umweltbildung** unterstützen wir Pädagogen *und Pädagoginnen* mit ihren Schulklassen professionell (Projektleiterin Almut Sattelberger), *assistiert* von Freiwilligen im ökologischen Jahr („FÖJ“) und Ehrenamtlichen. Diese Angebote finden meist vor Ort in der Natur statt. Gerade im Präsenzunterricht in Coronazeiten werden diese Angebote stark nachgefragt. So überstieg 2021 die Anzahl der angeleiteten Klassen *deutlich* die von 2019 vor der Pandemie. Auch für 2022 gibt es schon eine rege Nachfrage.

Neben den klassischen Projekten wie **Baum- und Gehölzpflanzungen** sowie **Gewässeruntersuchungen** und schülergerechten Waldarbeiten zur **Jungwuchspflege** werden vermehrt Angebote nachgefragt, bei den an mehreren Terminen Entwicklungen im Jahresverlauf beobachtet und untersucht werden. Hierzu eignen sich insbesondere:

Streuobstwiese: Bis zu vier Termine, um die Natur in verschiedenen Jahreszeiten zu erleben und zumindest bei der Baumblüte und der Fruchternte dabei zu sein. (meist 3./4. Klassen). Dazu bietet sich der vom BUND betreute Hermannsgarten in Söflingen an.

Wildbienen: Bis zu vier Termine. Begonnen wird mit Bau und Anbringen von Nisthilfen für Wildbienen, Kenntnisse über ihre Lebensweise bis zum Beobachten der Bestäuber in der blühenden Natur.

Ergänzt werden Angebote für Schulklassen durch die ebenso sinnvollen Umwelt- und Naturthemen für Erwachsene und Familien. Hier arbeitet der BUND eng mit der vh-Ulm und der Familienbildungsstätte (fbs) zusammen.

Wir spüren zunehmendes Interesse auch im Kontext mit den Klimawandelthemen, die derzeit neben der Coronamaßnahmen wesentlich die Politik bestimmen (siehe Neujahrsrede des Bundespräsidenten).

Folgerichtig werden wir bei der Engagiert-Woche in Ulm vom 19. – 27. März 2022 mit Kennenlern- und Mitmachangeboten dabei sein.

Baupolitik und Klimawandel (Jutta Andreas)

Der Klimawandel ist in Ulm angekommen. Unter vielen Faktoren beeinflusst die Art des Bauens unser Klima.

Die Menschen leiden in den häufig eng verbauten und hoch versiegelten Städten unter zunehmender Hitze im Sommer, mangelndem Schatten, Tropennächten, Starkregenereignissen, Überschwemmungen (z.B. Einsingen 2016, 2018).

„Tote“ Plätze und Straßen, ohne Baum, Busch und Bodenbewuchs und Blumen missachten das menschliche Bedürfnis nach Grün (Einsteinplatz, Sedelhöfe).

Grüne Freiräume in unserer Lebensumgebung bedeuten höhere Lebensqualität, machen eine Stadt lebenswerter. Lebensqualität bedeutet Wohlergehen und trägt zur Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner bei. Eine grüne Stadt bietet die wichtigen Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen müssen rasch und wo immer in Ulm möglich erfolgen.

Die Stadtnatur muss kurz-, mittel- und langfristig unter Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien geplant werden. Dies heißt auch: Schaffung eines Netzwerkes von natürlichen, naturnahen und gestalteten Freiräumen (Parks, Vorgärten, Höfe, Hausgärten, Dach- und Fassadenbegrünung, Begrünung öffentlicher Flächen (z.B. von Kommunen und Kirchen), Firmengeländen.

Bautätigkeit und Biotopverbund

Es müssen verbindliche Werte im Baurecht (BauGB, BauNVO oder MusterBauO für die Anlage und Versorgung mit Grünflächen eingeführt werden. Diese Werte müssen dem Anspruch an Erholung, stadtklimatischer Entlastung, Regenwasserversickerung, Speicherraum für Regenwasser und dem Erhalt, bzw. der Verbesserung von Biodiversität genügen. Die Durchführung muss geprüft werden. Um dies zu gewährleisten, müssen die Personalkapazitäten **auch in Ulm**, deutlich aufgestockt werden.

Die Grünordnungsplanung muss verbindlich werden und Grundlage für eine qualifizierte Bebauungsplanung und Freiflächengestaltung dienen. **Interessant sind die zur Verfügung stehenden Fördermittel.**

§22 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg:

*„(2) Alle öffentlichen Planungsträger haben bei ihren Planungen und Maßnahmen die Belange des Biotopverbunds zu berücksichtigen. [...]“. Der Fachplan Landesweiter Biotopverbund ist Förderkulisse nach LPR. Gefördert werden können **Planungs-kosten einer Biotopverbundplanung mit 90 % und Umsetzungsmaßnahmen mit bis zu 70 %** unter anderem zur Schaffung, Erhaltung und Entwicklung von Lebensräumen, für Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung von Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume. Für die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege der Flächen können Pflegeverträge mit Förderung von bis zu 100 % ...*

Nachdem Flächenverbräuche zunehmen und die Wohnfläche pro Kopf steigt, sollten die städtischen Gremien die Bevölkerung umfassend informieren und motivieren neue Konzepte wie z.B. den Geschosswohnungsbau mitzutragen. Das neue Baugebiet „Am Hermannsgarten“ wird nun erfreulicherweise als Geschosswohnungsbau geplant. Dies heißt: weniger Baustoffverbrauch, weniger Flächenverbrauch, weniger Heizenergie, wesentlich mehr Wohnungen als bei freistehenden Einfamilienhäusern.

Bereits im Jahr 2007 hat die Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2020 die Durchgrünung der Siedlungen einschließlich des sogenannten "wohnumfeldnahen Grüns" (zum Beispiel Dach- und Fassadengrün, Grünflächen in Höfen) deutlich zu erhöhen.

Bezahlbares Wohnen und grüne Infrastruktur dürfen nicht im Widerspruch stehen.

Zirka 40% der Treibhausgase werden durch Bauen und Gebäude erzeugt, allein 8% durch Zementherstellung. Bauen sollte endlich fortschrittlich, nachhaltig neu gedacht werden.

Quarks vom 29.3.21, aktualisiert 2.12.21

Neben einem Umdenken in Bezug auf Abriss und Neubau könnten auch neue Wohnkonzepte einen Beitrag zur Bauwende leisten. Der Wohnforscher Daniel Fuhrhop von der Universität Oldenburg beschäftigt sich damit, wie wir existierenden Wohnraum besser nutzen könnten. Möglichkeiten gibt es viele. Ein Beispiel sind Wohnungstauschbörsen. Sie könnten dabei helfen, dass Menschen, die allein in großen Wohnungen leben, kleinere Apartments finden. Weil es häufig ältere Menschen sind, die alleine in einem Haus oder in einer großen Wohnung leben, könnte auch geförderte Hilfe bei Umzügen einen Beitrag leisten, um diesen Wohnraum „zu erschließen“.

Bezahlbares Wohnen und grüne Infrastruktur dürfen nicht im Widerspruch stehen

Der BUND fordert:

- Belange von Natur und Umwelt bei Bebauungsplänen stärken
- Biotopverbund, auch innerstädtisch planen, realisieren, schützen
- Stadtnatur gegenüber Wohnen und Gewerbe stärken und integrieren
- Versiegelung von Flächen verringern, Flächenverbrauch reduzieren
- Städtebauförderung ökologisieren
- Sensibilisierung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Beteiligten der Stadtentwicklung
- Insektenfreundliche Kommunen (Pflanzen, Licht...)
- PV-Anlagen auf Bauten die bisher keine PV-Anlage haben plus Dachbegrünung – beides zusammen ist möglich, Gewerbebetriebe ins Boot holen
- Motivation von Bürgerinnen und Bürgern durch Stadt Ulm und das Land Baden-Württemberg
- Eine nachhaltige Stadt projektieren

Uniwald (Hochschulgruppe Cora Carmesin, Patrick Cvecko)

Bäumfällungs -u. Pflegemaßnahmen auf dem Eselsberg – Mehr Transparenz, aber auch weitere schmerzliche Fällungen in Sicht

Nachdem es in der Vergangenheit immer wieder zu Fällungsmaßnahmen kam, die für die BUND Hochschulgruppe überraschend eingetreten sind, tut sich nun einiges in der Kommunikation. Der Forst BW informierte im August über notwendig anstehende Holz Fällarbeiten zu Pflege -u. Bewirtschaftungszwecken. Diese Transparenz ist vorbildlich, erspart sie doch Ärger, Frust, Rechercheenergie, räumt Unverständnis aus dem Weg und schafft Akzeptanz.

Auch das Universitäts-Klinikum zeigte sich auf Nachfrage hin kommunikativ und sprach über die Fällungen, die im Zuge eines Bettenhausneubaus anstehen, welches neben der Psychosomatik errichtet werden soll. Zu diesem Zeitpunkt waren die Pläne jedoch

schon so weit vorangeschritten, dass es für die Suche von Alternativen zu spät war. So werden nun einige Bäume des angrenzenden Eselswaldes gefällt. Je nach Standpunkt scheint dieser Eingriff akzeptabel. Für die Klinik und deren Patient:innen, für Stadt und Land sind es fünf Bäume, die gefällt werden (und freilich ökologisch ausgeglichen werden). Im Tausch entsteht ein neues, fünfstöckiges Bettenhaus auf dem neuesten Stand der Technik, das für mindestens zehn Jahre den Bedarf abdeckt. Die lange Gebäudeseite wird dabei den Wald hineinragen, damit das architektonische Innenhofkonzept, nach dem Uni und Klinikum errichtet wurde, fortgeführt werden kann.

Der BUND als Naturschutzverband sieht allerdings nicht nur fünf Bäume. Neben diesen sogenannten naturschutzrechtlich relevanten Bäumen (alte Eichen) verschwinden noch weitere jüngere Bäume, über die nicht gesprochen wird. Zusätzlich droht durch die Baumaßnahmen eine Bodenverdichtung, auch im umliegenden Gelände. Ähnliche Maßnahmen haben in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass sich im Wald hin und wieder Wasser staut, was den Bäumen in der Nähe schadet.

Auch stellt sich die Frage, inwiefern das Gebäude nicht um 90 Grad gedreht hätte werden können, um das Hineinragen in den Wald zu reduzieren.

Erfreulicherweise hat die Klinik für zukünftige Bauvorhaben noch mehr Transparenz zugesichert. Man sei gerne dazu bereit, sich einmal im Jahr für diesen Zweck zu treffen.

Grüne Stadt Ulm (Dr. Martin Denoix)

Als Umweltverband im städt. Raum liegen uns die oben genannten Themen besonders. Zusammengefasst kann man sie unter der „Grünen Stadt“ subsumieren.

Dabei haben sich im vergangenen Jahr für die nähere Zukunft bis 2030 folgende konkrete Themen herauskristallisiert:

Planung Neubau Adenauerbrücke: Hier plädieren wir für die Lösung mit sechs durchgehenden Fahrspuren unter Schonung bestehender Grünzüge (Ehinger Anlagen) und auch im Hinblick auf die Veränderung des Mobilitätsverhaltens und der Mobilitätslenkung. Hier wird das in 2022 beginnende Planfeststellungsverfahren eine Möglichkeit der Einflussnahme bieten.

Gleisdreieck (Fa. Geywitz): Vor und nach dem Beschluss des Gemeinderates zum Neubau bei Fällung eines Großteil des alten Baumbestandes haben wir den Kontakt mit dem Bauträger und der Stadt Ulm als Genehmigungsbehörde gesucht und die Zusage bekommen, dass unsere Anregungen zu einer ökologischen Aufwertung von Bau und Umgebung Gehör finden werden.

Landesgartenschau 2030: Nach Beendigung des Bürgerdialogs stellen wir fest, dass wir mit den meisten Anliegen der beteiligten Bürger einig sein können. Im Fachbeirat werden wir die Ergebnisse im Auge behalten und weiterhin für die Erhaltung bestehender Naturräume auf dem Landesgartenschau Gelände achten. Diese scheinen uns vor allem im Umfeld der Wilhelmsburg gefährdet zu sein.

2022 wird das **Bahnhofsumfeld** an Gestalt gewinnen. Wir warten mit Ungeduld die Pflanzung von Bäumen, die wir bei der Planung **durch eine große**

Unterschriftenaktion durchgesetzt hatten. Um **den Bäumen** genug Wurzelvolumen zu garantieren, wurde die Tiefgaragenplanung an mehreren Stellen angepasst.

Wir begrüßen ausdrücklich die in 2021 beschlossenen bzw. erweiterten **Förderrichtlinien** des Ulmer Gemeinderates für Maßnahmen im Gebäudebereich: Dach- und Fassadenbegrünung, Heizungsmodernisierung, Photovoltaik. Wir werden durch Informationsveranstaltungen zu diesen Themen mithelfen, dass die Maßnahmen auch genutzt werden.

Stammbaumaktion von BUND und Stadt Ulm: Wir freuen uns über jeden von den Bürgern und Firmen gespendeten „Stammbaum“. Im Oktober 2021 waren für kurze Zeit alle Stammbäume durch ein Banner gekennzeichnet. Seither sind verstärkt mögliche Baumstandorte bei der Stadt angefragt worden.

Nachfragen zu Ulmer Themen:

Dr. Martin Denoix: DrDenoix@web.de

Jutta Andreas: juttabandreas@googlemail.com

Cora Carmesin: cora.carmesin@uni-ulm.de